



# Bundes- tags- brief

Nr.86 • Die Woche im Bundestag • 17.12.2010



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Erfolg für Klimaschutz und Staatengemeinschaft

Die Weltklimakonferenz in Cancún war ein Erfolg. Erstmals ist das 2-Grad-Ziel von der Weltgemeinschaft offiziell anerkannt worden.

Die Weltklimakonferenz hat sich zudem nach schwierigen Verhandlungen und in letzter Minute auf ein umfassendes Maßnahmenpaket verständigt, das einen wesentlichen Schritt darstellt, um dieses Ziel zu erreichen.

Die dabei getroffenen Entscheidungen sind ein Meilenstein auf dem Weg zu einem Klimaabkommen.

Das Paket von Cancún umfasst Minderungsmaßnahmen von Industrie- und Entwicklungsländern, die Errichtung eines globalen Klimafonds, Verabredungen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, zum Waldschutz, zur Technologiekoooperation und zum Kapazitätsaufbau in Entwicklungsländern.

Es wurde ein Verfahren zur Überprüfung vereinbart, welche zusätzlichen Maßnahmen zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels erforderlich sind.

Außerdem wurden grundsätzliche Vereinbarungen zur Transparenz der Klimaschutzmaßnahmen von Staaten abgeschlossen.

Die Industrieländer haben zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimaschutzmaßnahmen in den Entwicklungsländern zu mobilisieren.

Die Konferenz war ein Schritt nach vorn. In Cancún wurden die Erwartungen erfüllt. Die Staatengemeinschaft hat sich dabei als handlungsfähig erwiesen. Der Prozess muss nun fortgesetzt werden. Auf diesen Erfolg müssen wir aufbauen.

## Fortschrittsbericht Afghanistan

Am Donnerstag haben wir im Plenum erneut über die Lage in Afghanistan diskutieren. Anlass ist der Fortschrittsbericht zum deutschen Engagement in Afghanistan, den die Bundesregierung in dieser Woche vorgelegt hat.

Der Anstoß zu diesem Bericht kam aus unserer Fraktion. Anfang des Jahres haben wir den notwendigen Strategiewechsel in Afghanistan mit dem Ziel eingeleitet, die afghanische Regierung zu befähigen, selbst für ihre Sicherheit zu sorgen, und mit der „Übergabe in Verantwortung“ zu beginnen.

Die Abzugsperspektive für unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz in Afghanistan muss sich an konkreten Fortschritten vor Ort bemessen.

Dazu ist eine belastbare Lageanalyse mit klaren Kriterien notwendig. Auf rund 100 Seiten zeigt der Bericht auf, wo wir zurzeit stehen, wie unsere Ziele aussehen und was unter den gegebenen Voraussetzungen realistisch erreichbar ist.

Er benennt Defizite, zeigt aber auch deutlich die erreichten Erfolge, wie etwa die erheblichen Fortschritte beim Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte. Wir unterstützen die im Bericht getroffene Feststellung, dass „in erster Linie eigene afghanische Anstrengungen erforderlich“ sind, damit wir einen nachhaltigen Erfolg erzielen können.

Die afghanische Seite muss ihre eingegangenen Verpflichtungen, wie etwa gute Regierungsführung, Korruptionsbekämpfung oder den Aufbau einer unabhängigen Justiz, einhalten.

Die internationale Präsenz in Afghanistan wird sich in den Jahren 2011-2014 entscheidend verändern. Ziel der Bundesregierung ist es, 2011 auch im deutschen Verantwortungsbereich im Norden den Übergabeprozess einzuleiten.

Der Beginn der Übergabe in Verantwortung ist jedoch nicht gleichzusetzen mit dem Abzug der internationalen Sicherheitskräfte. Im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung beabsichtigt die Bundesregierung aber einzelne, nicht mehr benötigte Fähigkeiten – soweit die Lage dies erlaubt – ab Ende 2011/2012 zu reduzieren.

### **Einsatz für Religionsfreiheit weltweit**

Die christlich-liberale Koalition hat das Werben für Religionsfreiheit und den Einsatz für verfolgte Christen zu einem festen Bestandteil der deutschen Außenpolitik gemacht.

In dieser Woche hat der Bundestag den Antrag der Koalitionsfraktionen „Religionsfreiheit weltweit schützen“ abschließend beraten. Mit dem Antrag wird der Fokus auf drei Bereiche gelegt, die im Kampf für umfassende Religionsfreiheit zentral sind:

Zur Religionsfreiheit gehört vor allem das Recht, seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Insbesondere in zahlreichen muslimischen Staaten werden dieses Recht und die Möglichkeit, für die eigenen Glaubensüberzeugungen zu werben, stark eingeschränkt.

Dies gilt beispielsweise auch für die Türkei. So hält der im November 2010 erschienene EU-Fortschrittsbericht neben einer Reihe weiterer Defizite fest, dass das öffentliche Werben als Bedrohung der staatlichen Integrität und der muslimischen Religion wahrgenommen und in Einzelfällen sogar strafrechtlich verfolgt wird. Der Bau von Kirchen ist rechtlich stark eingeschränkt.

Zur Religionsfreiheit gehört ferner das Recht, den eigenen Glauben zu wechseln oder auch gar keine Religion zu haben. Zahlreiche Staaten, insbesondere mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, bestreiten dieses Recht. Der Abfall vom Islam (Apostasie) wird in vielen dieser Staaten strafrechtlich verfolgt. Dies gilt beispielsweise für den Iran.

Im Norden des Landes sitzen ein Pastor und seine Frau wegen des Vorwurfs der Apostasie seit über einem Jahr im Gefängnis. Im September dieses Jahres hat ihn ein islamisches Revolutionsgericht zum Tode verurteilt.

Eng verbunden mit der Religionsfreiheit ist die Meinungsfreiheit. Der Antrag kritisiert den Versuch von islamischen Staaten, die Meinungsfreiheit mit der Begründung einzuschränken, den Islam vor Diffamierung schützen zu wollen. Auf Ebene der Vereinten Nationen werben diese Staaten seit langem für solch ein Vorgehen.

So genannte Blasphemiegesetze sind heute in vielen Staaten Realität. Dies gilt beispielsweise für Pakistan. So wurde im November diesen Jahres die Christin Asia Bibi nach einem Streit mit Nachbarn beschuldigt, Jesus Christus mit Mohammed verglichen zu haben, und von einem Gericht in der Provinz Punjab wegen des Vorwurfs der Blasphemie zum Tode verurteilt.

Gegen diese und andere Fälle haben die Abgeordneten unserer Fraktion wiederholt protestiert und bei Reisen in entsprechende Länder ihre Solidarität mit den verfolgten Christen zum Ausdruck gebracht.

### **Zahl der Beschäftigten auf Rekordhoch**

Die Zahl der Beschäftigten erreichte im vergangenen Oktober mit rund 40,9 Mio. Personen den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung, gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen im November deutlich unter die Marke von drei Millionen (2.931.170).

Gegenüber dem Vorjahresmonat war dies ein Rückgang von 284.000. Getragen wird diese Entwicklung vor allem von dem Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, der sich hauptsächlich durch einen Anstieg der Vollzeitbeschäftigung auszeichnet.

Gleichzeitig stieg auch die Fachkräftenachfrage: Mehr als 394.000 Stellen sind derzeit zu besetzen, über zwei Drittel davon kurzfristig. Während im Vergleich zum Vorjahresmonat im Westen die Zahl der offenen Stellen um 37% zunahm, standen in Ostdeutschland 29% mehr Jobs zur Verfügung als noch im November 2009.

*(Quelle: Bundesagentur für Arbeit und Statistisches Bundesamt)*